

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 27.06.2018

Von Christian Selz, Kapstadt

28.06.2018

Militarisierung des Geschäfts

Nigeria: Konflikt zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern eskaliert. Begünstigt durch leicht verfügbare Waffen – und anstehende Wahlen



Verwüstete Straßen, zerstörte Autos: Nach den Kämpfen in Jos, Nigeria, am Sonntag

Foto: Nigeria Government via AP

Die Meldungen klingen verstörend. Bei Angriffen nomadisch lebender Viehzüchter der Volksgruppe der Fulani auf Ackerbauern des Berom-Volkes sollen in Nigeria am Wochenende mindestens 86 Menschen getötet worden sein. Das berichten die Nachrichtenagenturen *AFP* und *AP* unter Berufung auf die nigerianische Polizei. Zudem

seien bei den Kämpfen im Distrikt Gashish sechs Menschen verletzt und 50 Häuser zerstört worden. Der Gouverneur des Bundesstaats Plateau im Zentrum des Landes hat eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.

Es ist bei weitem nicht die erste gewaltsame Eskalation zwischen Viehhaltern und Ackerbauern in der Region. Wie der südafrikanische *Mail and Guardian* am Montag online berichtete, wurden seit 2012 bei insgesamt 716 Auseinandersetzungen Tausende Menschen getötet. Dargestellt wird der Konflikt dabei meist als ein ethnisch-religiöser. Die Berom hängen überwiegend dem christlichen Glauben an, die Fulani sind vornehmlich Muslime. Teilweise muss in der internationalen Berichterstattung auch der Klimawandel als Begründung herhalten: Die Viehhirten müssten aufgrund anhaltender Dürren immer weiter gen Süden vordringen und gerieten dabei an die dortigen Ackerbauern, hieß es bei *Al-Dschasira* am Montag in der Online-Ausgabe. Nichts davon ist völlig falsch, doch das Bild ist unvollständig und erklärt den Grund für die Auseinandersetzungen daher nicht.

Olayinka Ajala, Dozent und Konfliktanalyst an der Universität York in Großbritannien, macht vor allem die kriegerischen Konflikte im Westen und Nordwesten Afrikas für den nach seinen Worten »dramatischen Anstieg der Zahl, Häufigkeit und Intensität der Attacken« verantwortlich. In einem Beitrag für *The Conversation*, ein Analyseportal, das mehrere südafrikanische Universitäten gemeinsam betreiben, wies Ajala bereits im Mai insbesondere auf die Kriege in Libyen und Mali hin. Diese hätten »zu einer weiten Verbreitung von Waffen geführt« – mit fatalen Folgen. Ajala verwies auf den »Global Terrorism Index«, den das Institute for Economics and Peace (IEP), ein internationaler »Think Tank« mit Hauptsitz in der australischen Metropole Sydney, 2017 veröffentlichte. Demnach wurden in dem Konflikt allein von 2012 bis 2016 mehr als 2.500 Menschen getötet. In den Jahren 2007 bis 2011 gab es laut Ajala noch lediglich 67 Kämpfe – also wesentlich weniger als die 716 Konflikte, die seit 2012 gezählt worden sind.

Die Zahlen sind brisant: 2011 griff die NATO Libyen an, 2012 begann – auch als Folge der aus Libyen ins Land gelangten Waffen – der Krieg in Mali, in den 2013 auch Frankreich und Deutschland mit Truppen eingriffen. Das leicht verfügbare Kriegsgerät hätte schließlich zu einer Militarisierung des Geschäfts mit der Rinderhaltung geführt, argumentierte Ajala. Kartelle bewaffnen Banden junger Männer, die dann Vieh rauben. Wer mehr Vieh hat, kann mehr Geld machen und somit wieder mehr Räuberbanden ausrüsten und bezahlen – ein Teufelskreis.

Allein damit ist der Konflikt in Nigeria aber auch nicht zu erklären. Die nigerianische Tageszeitung *Punch* wies in einem Bericht vom Montag auf die machtpolitische Komponente der gewaltsamen Auseinandersetzungen hin. Demnach hätten Politiker in den vergangenen Jahren Waffen, die für Polizeieinheiten bestimmt gewesen seien, abgezweigt und damit ihre eigenen Milizen aufgerüstet, um ihre Wiederwahl notfalls mit gewaltsamen Mitteln zu sichern. Die Motivlage ist klar: In der chronisch korrupten nigerianischen Verwaltung garantieren politische Ämter Zugang zu finanziellem Reichtum, hauptsächlich aus der Ölförderung. So sollen einem Bericht der nigerianischen Onlinezeitung *The Cable* aus dem November 2015 im selben Jahr umgerechnet knapp 1,8 Milliarden Euro aus den Kassen der Nigerian National Petroleum Corporation in den Wahlkampf des damals amtierenden Präsidenten Goodluck Jonathan geflossen sein – was offensichtlich nicht einmal genug war, denn Jonathan verlor die Wahl gegen den heutigen Amtsinhaber Muhammadu Buhari.

Letzterer trat damals mit dem Versprechen an, das Land zu befrieden. Erreicht hat er dies bisher nicht. Statt dessen werfen ihm seine Gegner nun vor, die Gewalt der Fulani, zu deren Volksgruppe er selbst gehört, nicht entschieden genug zu bekämpfen. Beweise für die Vorwürfe gibt es nicht – wohl aber im Februar 2019 erneut Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.